

Überblick zur Geschichte der EU



Nach den beiden Weltkriegen gibt es breite europäische Einigungsbestrebungen, deren Ziel es ist, einen nochmaligen Krieg in Europa zu verhindern.

1950

- der französische Außenminister Robert Schuman hat den Plan, die Kohle und Stahlindustrien Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zu vereinen, um damit einen erneuten Krieg zwischen beiden Ländern unmöglich zu machen.

1951

- Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und die Niederlande unterzeichnen in Paris den Vertrag zur Gründung der **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion)**
- sie ist der Grundstein für die wirtschaftliche und politische Einigung westeuropäischer Staaten



Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Luxemburg, Italien und Niederlande sind die Gründungsmitglieder

1957

- die schrittweise Vereinheitlichung der Volkswirtschaften, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes und die Harmonisierung der Sozialpolitik werden anvisiert
- Bundeskanzler Adenauer setzt sich stark für die Forcierung der europäischen Integration ein
- 25. März: die sechs Länder unterzeichnen die **Römischen Verträge** zur Gründung der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** mit dem Ziel des gemeinsamen Binnenmarktes. Parallel dazu wird die **Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)** gegründet.

1967

- Montanunion, Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom werden zur **EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT (EG)** zusammengeführt

Die weitere Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses hängt immer wieder ab von der Bereitschaft der Regierungschefs zur Zusammenarbeit und zu Kompromissen, die mit den vorrangigen nationalen Interessen aller Mitgliedstaaten vereinbar sind.

1973

- Großbritannien, Dänemark und Irland treten der EG bei

1979

- das deutsch-französische Tandem Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing geben der Initiative des **Europäischen Währungssystems (EWS)** die nötige Schubkraft
- es wird zum 1.1.79 eingeführt

1981

- Griechenland wird der zehnte EG Mitgliedstaat

1981

- Spanien und Portugal werden aufgenommen
- die Entwicklung der EG ist durch die Politik Margret Thatchers, die u.a. eine Abänderung der Finanzierungsgrundlage zugunsten Großbritanniens einfordert, „gelähmt“.

1985

- Jacques Delors wird Präsident der Europäischen Kommission; er fördert die Integration energisch, indem er die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes vorantreibt.

1990

- das Gebiet der ehemaligen DDR gehört mit der Wiedervereinigung automatisch zur EU

Nach dem Ende des Kalten Krieges wird die „Deutsche Frage“ zum Katalysator des europäischen Einigungsprozesses. Durch die Wiedervereinigung ergibt sich eine Gewichts- und Machtverschiebung zugunsten Deutschlands. Es geht darum, Deutschland noch fester im europäischen System zu verankern.

- Francois Mitterand setzt sich dafür ein, das künftige deutsche Machtpotential durch eine Vertiefung der europäischen Integration zu binden
- Helmut Kohl teilt diese Einschätzung und die vertiefte Integration der EU wird zur Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung
- Kohl und Mitterand sorgen für die Forcierung der Wirtschafts- und Währungsunion und der politischen Union

1992

- **Vertrag von Maastricht / Vertrag über die europäische Union / EU**
- die angestrebte Union sollte deutlich über die EG hinausgehen:
- Zusammenarbeit in der Justiz und in der Innenpolitik

- Einführung einer gemeinsamen Währung bis 1.1.99 / Festlegung von Konvergenzkriterien
- Einführung einer Wirtschaftsunion
- Errichtung einer Europäischen Zentralbank
- Aufwertung der Europäischen Parlaments
- das Aufgabenfeld der Union wird auf die Bereiche allgemeine Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Verbraucherschutz, Industrie und Entwicklungszusammenarbeit erweitert . Die Union übernimmt hier eine Mitverantwortung.
- Einführung der Unionsbürgerschaft: Angehörige der Gemeinschaft erhalten kommunales Wahlrecht

1997

- **Vertrag von Amsterdam**
- Erweiterung der Rechte des europäischen Parlaments (allerdings gibt es noch immer ein „demokratisches“ Defizit: z.B. kein Initiativrecht für Gesetzesvorschläge)
- angesichts hoher Arbeitslosigkeit wird die Beschäftigungspolitik als Hauptziel aufgenommen
- Reformen sollen gewährleisten, dass die Union mit der Aufnahme der mittel-osteuropäischen Länder handlungsfähig bleibt

1998

- Österreich, Schweden, Finnland treten der Union bei
- Schengener Abkommen: Abbau der Grenzkontrollen

1.1.1999

- der Euro wird als Buchgeld eingeführt

1.1.2002

- der Euro wird als alleiniges Bargeldzahlungsmittel in allen Teilnehmerländern eingeführt

Die Probleme der Osterweiterung:

- **viele Staaten wollen der EU beitreten**
- **diese Staaten haben ganz verschiedene wirtschaftliche und soziale Strukturen**
- **allerdings stellt die Integration der postkommunistischen osteuropäischen Staaten ein wichtiges Modell dar (v.a. hinsichtlich der Entwicklungen im ehemaligen Jugoslawien)**
- **die EU erlässt Kriterien zur Aufnahme in die Union.**

2003

- **Vertrag von Nizza**
- die in Amsterdam offen gebliebenen institutionellen Fragen sollten rechtzeitig vor der Osterweiterung gelöst werden:
- z.B. die Zahl der Kommissionsmitglieder, die die einzelnen Mitgliedsstaaten entsenden
- Ausweitung der Mehrheitsentscheide
- aber: die angestrebte Verkleinerung der Kommission wird nicht erreicht / immer noch gilt in wichtigen Bereichen das Einstimmigkeitsprinzip

2004

- die größte Erweiterung der EU „**Osterweiterung**“ / zehn neue Länder treten bei:

Polen, Ungarn, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Malta und Zypern . Die EU hat jetzt 25 Mitglieder

2007

- Rumänien und Bulgarien treten bei
- **Vertrag von Lissabon**: → ersetzt die bisher geltenden Verträge
 - soll der EU einen stabilen, dauerhaften Rahmen geben
 - der seit den Verträgen von Nizza und Amsterdam eingeleiteten Reformen gelten nun als abgeschlossen
 - Neuerungen: Ausbau der Kompetenzen des europäischen Parlamentes
 - Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente
 - Einführung der europäischen Bürgerinitiative
 - das neue Amt des Präsidenten des Europäischen Rates
 - Ausweitung polizeilicher und justizieller Zusammenarbeit

2013

- Kroatien tritt der EU bei



Europaflagge